

# Gemeinde Collenberg

Kirchplatz 2  
97903 Collenberg  
AZ: 6102/2018-sch-



## BEKANNTMACHUNG des Satzungsbeschlusses

Bekanntmachung des Satzungsbeschlusses für den Bebauungsplan 2. Änderung und Erweiterung „Retzenrain“ der Gemeinde Collenberg

für das Gebiet „**Retzenrain**“

Der Gemeinderat der Gemeinde Collenberg hat mit Beschluss vom 09.07.2018 den Bebauungsplan 2. Änderung und Erweiterung für das Gebiet „Retzenrain“ als Satzung beschlossen. Dieser Beschluss wird hiermit gemäß § 10 Abs. 3 des Baugesetzbuchs (BauGB) ortsüblich bekannt gemacht. Mit dieser Bekanntmachung tritt die Änderung und Erweiterung des Bebauungsplans in Kraft.

Jedermann kann den Bebauungsplan mit der Begründung sowie die zusammenfassende Erklärung über die Art und Weise, wie die Umweltbelange und die Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung in dem Bebauungsplan berücksichtigt wurden, und aus welchen Gründen der Plan nach Abwägung mit den geprüften, in Betracht kommenden anderweitigen Planungsmöglichkeiten gewählt wurde, bei der Gemeinde, Kirchplatz 2, Zimmer Nr. 5, einsehen und über deren Inhalt Auskunft verlangen.

Es besteht weiter die Möglichkeit, den Bebauungsplan mit Begründung über die Homepage der Gemeinde Collenberg einzusehen ([www.collenberg-main.de](http://www.collenberg-main.de), Button Wirtschaft und Verkehr – Bebauungsplanverfahren).

Auf die Voraussetzung für die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung sowie die Rechtsfolgen des § 215 Abs. 1 BauGB wird hingewiesen.

Unbeachtlich werden demnach

1. eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
2. eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans,
3. nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs und
4. nach § 214 Abs. 2a im beschleunigten Verfahren beachtliche Fehler,

wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung des Bebauungsplans schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden sind; der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, ist darzulegen. Außerdem wird auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB hingewiesen. Danach erlöschen Entschädigungsansprüche für nach den §§ 39 bis 42 BauGB eingetretene Vermögensnachteile, wenn nicht innerhalb von drei Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Vermögensnachteile eingetreten sind, die Fälligkeit des Anspruches herbeigeführt wird.

Collenberg, 06.08.2018

Karl Josef Ullrich  
1. Bürgermeister

Aushang: 07.08.2018